Mainz, den 08.05.2025

Pressemitteilung 04/25

Resolution der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz: Gesundheitliche Versorgung von Bundeswehr-Kräften stärker in den Blick nehmen

Die Vertreterversammlung der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz fordert die Bundesregierung in einer Resolution dazu auf, die gesundheitliche Versorgung von Soldatinnen und Soldaten stärker als bisher in den Blick zu nehmen.

Angesichts der aktuellen Situation in Europa steht die Bundeswehr vor besonderen Herausforderungen, die eine Intensivierung der zivil-militärischen Zusammenarbeit in der Gesundheitsversorgung bedeutet. Soldatinnen und Soldaten würden dann nicht nur in den Krankenhäusern der Bundeswehr versorgt, sondern auch in spezialisierten Kliniken, in denen die Zivilbevölkerung behandelt wird.

Die Vertreterversammlung der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz fordert die politisch Verantwortlichen auf, für die Erkrankten und Verwundeten ein Versorgungsniveau bereitzuhalten, das in Analogie zum Heilverfahren im Sozialgesetzbuch VII steht. „Dieses Niveau muss neben der Versorgung von komplexen Verletzungen und anderen Krankheitsbildern das Ziel der Rehabilitation der Soldatinnen und Soldaten, also der vollständigen Wiederherstellung der körperlichen und geistigen Fähigkeiten, haben“, sagt Dr. Günther Matheis, Präsident der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz.

Bundeswehrangehörige leiden nach Einsätzen unter anderem an Infektionen, Intoxikationen und posttraumatischen Belastungsstörungen. „Eine Einsatzerkrankung oder eine Kriegsverletzung von Soldatinnen und Soldaten, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigen, ist nichts anderes als eine Berufserkrankung oder ein Berufsunfall“, stellt Matheis klar.

Die Vertreterversammlung weist außerdem auf bürokratische Hürden bei der Behandlung Bundeswehrangehöriger bei einem Arzt im zivilen Bereich hin. Soldatinnen und Soldaten haben keine Versichertenkarte. Die Abrechnung erfolgt über Überweisungsscheine, die an mehreren Stellen bearbeitet werden müssen. In Zeiten fortschreitender Digitalisierung erinnert die Vertreterversammlung die neue Bundesregierung mit diesem konkreten Beispiel an ihr Versprechen, nachhaltig Bürokratie abzubauen.

Rückfragen? Interviewwünsche?

Michaela Kabon — Tel. 06131-28822-34, E-Mail kabon@laek-rlp.de

Christopher Schäfer — Tel. 06131-28822-36, E-Mail schaefer@laek-rlp.de

Diesen Text finden Sie im Internet unter www.laek-rlp.de
Folgen Sie uns auch auf Facebook, Instagram und LinkedIn

Hintergrund:

Die Vertreterversammlung ist das höchste Gremium der rheinland-pfälzischen Ärzteschaft. Sie repräsentiert die Gemeinschaft aller Ärztinnen und Ärzte im Land, denn alle Ärztinnen und Ärzte im Land wählen die Delegierten in dieses wichtige Amt. Die 80 Delegierten treffen alle Entscheidungen, die von grundsätzlicher Bedeutung sind. Sie beschließen den Haushalt, die Satzungen und anderes autonomes Recht. Sie bestimmen die landesweite Umsetzung der Muster-Vorgaben zur Berufsordnung und zur Weiterbildungs- und Fortbildungsordnung, die der Deutsche Ärztetag erarbeitet.

Rückfragen? Interviewwünsche?

Michaela Kabon
Tel. 06131-28822-34
E-Mail kabon@laek-rlp.de

Christopher Schäfer
Tel. 06131-28822-36
E-Mail schaefer@laek-rlp.de

Diesen Text finden Sie im Internet unter www.laek-rlp.de
Folgen Sie uns auch auf Facebook, Instagram und LinkedIn